

Zur Strategie der Spionageabwehr des MfS

Die Strategie der Spionageabwehr des MfS war davon bestimmt, den Angriffen der westlichen Geheimdienste und anderen spionagetreibenden Einrichtungen, Organisationen und Kräften wirkungsvoll vorbeugend zu begegnen, Spione/Agenten frühzeitig zu erkennen und ihre Auftraggeber und Hintermänner zu entlarven und unter Kontrolle zu halten. Die Entwicklung und der Einsatz effektiver Mittel und Methoden der Spionageabwehr, vor allem die Zusammenarbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern, waren eingeordnet in die Aufgabenstellung des MfS im Rahmen der Gesamtpolitik der SED- und Staatsführung, im besonderen in ihre Sicherheitspolitik.

Zur wirksamen Vorbeugung und Bekämpfung der Spionageangriffe

Zur Sicherung spionagegefährdeter Bereiche, Objekte, Einrichtungen und Personengruppen wurden Maßnahmen auf der Grundlage von *Sicherungskonzeptionen* ergriffen.

Die Bestimmung der auf der Basis von Sicherungskonzeptionen zu schützenden Schwerpunkte erfolgte einerseits nach dem realen Sicherheitsbedürfnis der DDR, aus dem jeweiligen Bereich keine Informationen abfließen zu lassen. Andererseits aus den bisherigen Ergebnissen und Erfahrungen der Spionageabwehr zu geplanten oder in der Vergangenheit bereits erfolgten Spionageangriffen auf solche Bereiche, Objekte, Einrichtungen oder Personen.

Die Sicherungskonzeptionen für solche Schwerpunkte orientierten sich grundsätzlich an folgenden Prinzipien:

490

– Vorbeugung durch Mitwirkung und Einflußnahme auf die Beseitigung begünstigender Bedingungen und Umstände für Spionage (Ordnung und Sicherheit im Umgang mit VS-Unterlagen; Abgrenzung der Verantwortungsbereiche und der Zugriffs- und Einblickmöglichkeiten; technische Sicherungen).

– Einflußnahme auf die personelle Besetzung in solchen Schwerpunktgebieten (Sicherheitsüberprüfungen; vertrauensvolle Kontakte zu den verantwortlichen Leitern und Mitarbeitern; Einsatz von OibE und IM in Schlüsselpositionen oder an neuralgischen Punkten)

– Erstüberprüfung von Verdachtshinweisen auf eine mögliche Spionagetätigkeit und danach Einleitung gezielter personen- und sachbezogener Maßnahmen zur schnellen Klärung dieses Verdachts und zur Erarbeitung von Beweisen im Rahmen von Operativen Personenkontrollen oder Operativen Vorgängen. In diesem Rahmen kamen IM im Umfeld von spionageverdächtigen Personen, aber auch Ermittlungen, Beobachtungen, Postkontrollen, Telefonkontrollen, Raumüberwachungen u. a. zum Einsatz.

– Klärung von Vorkommnissen, z. B. Verlust von vertraulichen Unterlagen (GVS, VVS u. a.); Hinweise aus den Zentralen und Dienststellen der Geheimdienste über dort vorliegende Dokumente oder Informationen aus spionagegefährdeten Objekten; verdächtige Verhaltensweisen von Mitarbeitern aus zu sichernden Bereichen und Einrichtungen (z. B. auffälliges Verhalten bei Dienstreisen in die BRD; Hinweise auf Kontaktversuche oder persönliche Treffs mit Geheimdienstmitarbeitern)

Zur Strategie der Vorbeugung und Bekämpfung geheimdienstlicher Spionageangriffe gehörten speziell bei der HA II und den Abteilungen II der BV ferner:

– Die Schaffung von IMB mit Verbindungen zu Mitarbeitern der einzelnen Geheimdienststellen in der BRD oder in Westberlin, um deren aktuelle Arbeitsweise (konkrete Spionageaufträge, Instruktionen zur Auftragsdurchführung; Mittel und Methoden für die Spionage und das Verbindungswesen u. a.) aufzuklären und die Ergebnisse in die Organisation der eigenen Abwehrarbeit einzubeziehen.

Dazu folgendes Beispiel: Die Information eines IMB der Abt. II der BV Frankfurt/Oder, daß er vom BND-Mitarbeiter der Dienststelle »Ring« (Bremen) den Auftrag erhielt, künftig seine Geheiminformationen über Militärtransporte im grenzüberschreitenden Verkehr nicht mehr wie bisher in vorgefertigten Briefen, sondern auf zwar ebenfalls vorgefertigten, aber nunmehr offenen Glückwunsch- oder Ansichtskarten mit Geheimtinte zwischen die

491

vorgefertigten Textzeilen zu notieren (nach einem speziellen Codeverfahren) hatte für die Fahndung erhebliche Konsequenzen. Bis dahin blieben

nämlich solche Karten weitgehend unberücksichtigt. Im Ergebnis der kurzfristig eingeleiteten Neuorientierung der Fahndung nach postalischen Spionagesendungen konnte eine Anzahl von Spionagestützpunkten des BND identifiziert werden.

– Die gezielte Bearbeitung operativer Außenstellen der Geheimdienste, ihrer Mitarbeiter und Verbindungswege in der BRD und Westberlin durch den Einsatz geeigneter inoffizieller Kräfte, Mittel und Methoden der Spionageabwehr »vor Ort«, mit dem Hauptanliegen, Spione dieser Geheimdienste zu identifizieren.

Die erfolgreichen Aktionen der »äußeren Spionageabwehr« der HA II, z. B. in die internen Postverbindungswege (Postschließfächer) und z. T. auch in Telefonverbindungen einzelner BND-Dienststellen in der BRD und in Westberlin operativ einzudringen, lieferten Hinweise und Beweise zu BND-Spionen in der DDR.

Die Positionen der HVA des MfS in den Zentralen der Geheimdienste schufen darüber hinaus weitere wesentliche Voraussetzungen für die Arbeit der Abwehr.

– Der Aufbau eines auf die tatsächlichen Schwerpunkte und potenziellen Tätergruppen orientierten Fahndungssystems nach unbekannten, zu identifizierenden Spionen auf der Grundlage der jeweils aktuellen Erkenntnisse über die Arbeitsweise der Geheimdienste. Solche gezielten Fahndungen nach Spionen und Agenten erfolgten in der Postverbindung, der Funkverbindung und im grenzüberschreitenden Personenverkehr.

– Die effektive Zusammenführung, Speicherung und Auswertung aller Informationen zu den Geheimdiensten und ihren Arbeitsweisen mit dem Ziel der einheitlichen Orientierung und Verbesserung der gesamten Spionageabwehr.

Die Relationen zwischen den verschiedenen Richtungen und Inhalten der Abwehrstrategie und die konkrete Bestimmung und Ausgestaltung der notwendigen operativen Maßnahmen mußte den jeweiligen aktuellen Lagebedingungen angepaßt werden. Im Laufe der 40jährigen Abwehrarbeit veränderten sich sowohl für die Spionagetätigkeit der Geheimdienste als auch für die Organisation der Spionageabwehr die Bedingungen.

Spionage und Abwehr nach dem 13. August 1961

Mit den Sicherungsmaßnahmen war für die vielen Dienststellen der Geheimdienste in Westberlin die Zeit massenhafter Anwerbungen von

492

Spionen und die Durchführung persönlicher Treffs mit ihnen so gut wie vorbei. Dem Kölner Magazin »Capital« war vorbehaltlos zuzustimmen, wenn es 1968 einschätzte: »Ohne Mauer war der Auftrag einfach. Basis war Berlin (West), Stützpunkt aller westlichen Geheimdienste, eine unangreifbare Insel im feindlichen Hinterland. Die Geschichte der Spionage kennt keine bessere Basis. Geworben wurde gleich nebenan ... und die Anwerbung von Vertrauensleuten war technisch wie ein normaler Geschäftsabschluß ... Führung und Versorgung der Agenten lief über Berlin (West). Man begegnete sich im »direkten Treff«. Gefahren wie Funk, Kuriere, tote Briefkästen waren ausgeschaltet. Und das Ganze war billig.«²⁹

Die Geheimdienste hatten in der Vergangenheit durchaus mit der Schließung der Grenzen um Westberlin gerechnet, vom konkreten Zeitpunkt und Inhalt der Maßnahmen waren sie aber nach den vorliegenden Erkenntnissen offensichtlich total überrascht. Noch heute muß sich deshalb der BND entsprechende Vorwürfe gefallen lassen.

Für die Mehrzahl der in der DDR noch agierenden Spione war die Verbindung zu ihren geheimdienstlichen Auftraggebern zunächst unterbrochen.

Ein kleiner Teil von ihnen konnte auf vorher vereinbarte Verbindungswege zurückgreifen – aber die mußten vielfach erst reaktiviert werden.

Die gesamte Spionageabwehr mußte sich gleichfalls den veränderten Lagebedingungen anpassen. Es ergaben sich auch für sie neue Chancen, aber auch wesentliche Probleme. Es ist verständlich, daß bei so gravierenden Veränderungen und damit verbundenen notwendigen Umstellungen in der Arbeitsweise der Geheimdienste der Einsatz von »IMB mit Feindverbindung« zur Beschaffung aktueller Informationen für die Spionageabwehr von großer Wichtigkeit gewesen wäre, aber bei einem erheblichen Teil vorhandener IMB war ja selbst die Verbindung zu »ihrer« jeweiligen Geheimdienstzentrale bzw. deren Mitarbeiter unterbrochen. Von dieser Seite waren sie in »Warteposition«.

Schlagartig bekamen die wechselseitigen unpersönlichen Verbindungswege für die Spionagetätigkeit der Geheimdienste einen bedeutend höheren Stellenwert. Insbesondere die Verbindung über sogenannte »Tote Briefkästen«, über Funk sowie unter Nutzung der Post wurden wichtig. Deshalb wurde auch das bestehende Fahndungssystem der Spionageabwehr für die unpersönlichen Verbindungswege gründlich überprüft und auf die neuen Anforderungen ausgerichtet.

Gleichzeitig war mit einer neuen Generation von Spionen zu rechnen.

Nach zentraler Einschätzung im MfS war in der DDR die Spionagebasis der westlichen Geheimdienste, die von ihnen vor dem 13. August 1961

493

geschaffen worden war, bis zum Jahre 1970 im wesentlichen enttarnt und damit ausgeschaltet.

Die »neuen« Spione kamen aus einer anderen sozialen Ebene in der DDR. Es handelte sich um formal *positive* Bürger der DDR mit Reisemöglichkeiten nach der BRD, nach Westberlin oder in das andere westliche Ausland. Das waren in der Regel überprüfte und als zuverlässig eingeschätzte Reise- und Auslandskadern aus verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen, vornehmlich aber aus dem Außenhandel und der Außenpolitik der DDR in Botschaften und anderen Auslandsvertretungen. Und es waren Bürger Westberlins, der BRD und Ausländer mit Einreisemöglichkeiten, die sich gegenüber der DDR freundlich gaben. Sie wurden als Verbindungsleute zu in der DDR vorhandenen Spionen eingesetzt, oder betrieben selbst Spionage bzw. haben Verwandte oder gute Freunde in der DDR zur Spionage angeworben.

Bekannt gewordene Unregelmäßigkeiten im Ausland führten in der Regel zur Beendigung eines Auslandseinsatzes. Das wußten die DDR-Bürger, das wußten aber auch die gegnerischen Geheimdienste. Ihnen bekanntgewordene, z. T. auch provozierte »Vorkommnisse« mit Reise- und Auslandskadern der DDR wurden von den Geheimdiensten als Druckmittel benutzt – und sie hatten damit bei einigen DDR-Bürgern auch Erfolg.

Es gab Fälle, wo Mitarbeiter von DDR-Auslandsvertretungen z. B. bei verhältnismäßig geringfügigen Ladendiebstählen ertappt bzw. derartige Handlungen vorgetäuscht wurden. So wurde gegen ein DDR-Ehepaar, das für ein DDR-Außenhandelsunternehmen in der BRD tätig war, ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Werber des BND nahmen Bezug auf den Gesetzesverstoß und erläuterten den DDR-Bürgern mögliche Konsequenzen bei Bekanntwerden dieses Vorfalls bei den einschlägigen DDR-Behörden. Das Ehepaar wurde angeworben und lieferte interne Informationen aus dem DDR-Außenhandel. Allerdings wurde niemals eindeutig geklärt, ob das vermeintliche Diebesgut nicht doch in ihre Einkaufstasche lanciert worden war. Die Tendenz der Werbung von DDR-Reise- und Auslandskadern durch die Geheimdienste nahm im Laufe der Jahre zu. Ein nicht unwesentlicher Teil der betroffenen DDR-Bürger offenbarte sich jedoch gegenüber den DDRSicherheitsorganen. Die CIA mußte »beim Durchkämmen der Stasi-Akten« konstatieren, »daß jeder einzelne US-Spion entweder von vornherein ein Doppelagent war oder »umgedreht« wurde«, wie die Süddeutsche Zeitung am 6. April 1992 schrieb.

494

Ab Mitte der 80er Jahre begannen die Geheimdienste, vor allem der BND, Werbeoperationen auch gegen DDR-Bürger in Spitzenpositionen des Staatsapparates vorzubereiten. Durch die HVA wurde signalisiert, daß die CDUgeführte Bundesregierung Druck auf den BND ausübe, endlich »Spitzeninformationen« über die politische Lageentwicklung in der DDR zu beschaffen.

Die Notwendigkeit ergab sich nach ihrer Einschätzung aus den Veränderungen in der Politik der Führung der Sowjetunion.

Der BND versuchte, unter Mitarbeitern des MfS sowie anderer Schutz- und Sicherheitsorgane Fuß zu fassen. Abgesehen von einer bemerkenswerten Selbstüberschätzung wurde ein gehöriges Maß an Dilletantismus und Oberflächlichkeit deutlich.

In der Vorweihnachtszeit 1986 wurden im Rahmen der Aktion »Universum« in bekannten Schwerpunktbereichen in Berlin-Mitte 17 Postsendungen festgestellt, die eindeutige Werbeabsichten erkennen ließen. Die Mehrzahl davon war an Mitarbeiter des MfS, der Rest an Mitarbeiter anderer Schutz- und Sicherheitsorgane gerichtet. Sie enthielten übereinstimmend

das Angebot, bei einem eventuell geplanten Verlassen der DDR behilflich zu sein und für eine neue Existenzgründung zu sorgen. Dafür verlangte man Informationen und Dokumentationen als Gegenleistung. Eine Deckadresse und Telefonnummer zur Verbindungsaufnahme waren beigelegt.

Als »Entscheidungshilfe« befanden sich mitunter 1.000 DM in bar im Brief.

Für den Fall eines Verrates wurden bis zu 1 Millionen DM angeboten.

Die Leitung des MfS entschied, die Briefe einzubehalten, mit den betroffenen Mitarbeitern zu sprechen und sie darüber zu informieren, daß sie vom BND als Werbekandidaten vorgesehen seien. Ihnen wurden die Briefe gezeigt. Das schuf Vertrauen. Sie trugen zur Klärung der näheren Umstände der Briefsendungen bei und wurden auf mögliche weitere Aktivitäten der Geheimdienste eingestellt.

In allen Fällen hatte der BND die Adressen und Funktionen bei Vernehmungen (»Befragung«) übergesiedelter DDR-Bürger in Erfahrung gebracht.

Während der Aktion »Universum« konnten durch eine aufwendige Filtrierung des Ein- und Ausreiseverkehrs an den Berliner Grenzübergangsstellen (GÜST) BND-Kuriere mit verfälschten Paßdokumenten identifiziert werden. Zum Teil erfolgte die Identifizierung erst im Nachhinein, z. T. waren damit weitergehende Maßnahmen verbunden, zum Schluß erfolgte die Festnahme eines Kuriers.

Dem BND wurde die Wirksamkeit der MfS-Fahndung bewußt, und er stellte seine Aktivitäten auf diesem Felde ein. Die Vorbereitung und Durch-

495

führung solcher Kuriereinsätze durch die BND-Mitarbeiter war oberflächlich, z. T. dilettantisch und leichtfertig gegenüber den Kurieren. So wurden z. B. die verfälschenden Eintragungen in die beschafften Blankopässe in der BND-Zentrale ohne Prüfung der Ausschreibepaxis der zuständigen Behörden vorgenommen, wobei erhebliche Unterschiede auftraten. Für das MfS waren das bedeutsame Fahndungsmerkmale.

Darüber hinaus wurden bei dieser Abwehraktion wertvolle Erfahrungen für die künftige Fahndungsarbeit und zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS gesammelt.

An intensiven Versuchen, im MfS Spione (Verräter) zu gewinnen, hat es nie gefehlt. Die exklusiven Quellen der HVA und z. T. der HA II in der Gegenspionage des BND und der Spionageabwehr des BfV und der LfV signalisierten ständig, daß es bis zum Ende des MfS/AfNS keine gewonnenen Positionen dieser Dienste unter aktiven Mitarbeitern gab.

Erst nach der offiziellen »Auflösung« des MfS/AfNS liefen einige wenige, aber kenntnisreiche Mitarbeiter zum Gegner über und verrieten Kundschafter und IM des MfS. Auch der Diebstahl von Unterlagen aus der MfSZentrale und den BV führte zu Enttarnungen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, daß es in der 40jährigen Geschichte des MfS durchaus gelegentliche Verluste und Einbrüche gab: Vor dem 13. August 1961, also bei offener Grenze nach Westberlin, desertierten einige MfS-Mitarbeiter, darunter auch aus den operativen Bereichen der Aufklärung und Abwehr. Nach dem 13. August 1961 nahmen nach Kenntnis der Spionageabwehr vier Personen von sich aus über Verwandte oder Bekannte in der BRD, in Westberlin oder dem westlichen Ausland Verbindung zum BND oder dem BfV auf. Verbindungsaufnahmen zu anderen gegnerischen Diensten wurden nicht bekannt.

In allen Fällen hatten die Verräter bereits geheime Unterlagen und Dokumente gesammelt, die sie bei Übertritt in die BRD als »Startkapital« übergeben wollten.

In allen Fällen gingen diesem Verratsentschluß Konflikte im familiären Bereich, Verstöße gegen die Rechtsordnung der DDR, einschließlich gegen Befehle und Weisungen des MfS sowie Verstöße gegen die militärische Disziplin und die innere Ordnung voraus. Alle befanden sich in schwerwiegenden Konfliktsituationen und hatten mitunter Alkoholprobleme. Sie standen bereits wegen Verdachtshinweisen unter Kontrolle. Drei von ihnen konnten die aktiven Handlungen zur Begehung von Verrat nachgewiesen werden. Sie wurden nach den dafür in der DDR geltenden Strafgesetzen von den zuständigen Gerichten verurteilt.

496

Oberleutnant Werner Stiller, Mitarbeiter der HVA, Sektor Wissenschaft

und Technik, gelang im Januar 1979 die Flucht über die GÜST Bahnhof Friedrichstraße in Berlin. Stiller nahm zahlreiche Dokumente mit und verriet wichtige Kundschafter der HVA an den Gegner. Einige konnten gewarnt werden und sich in die DDR absetzen.

Dieser Verratsfall war auch eine Niederlage für die Spionageabwehr des MfS, waren doch die Kontaktaktivitäten von Stillers Partnerin zum BND durch gezielte Fahndungsmaßnahmen in der Postverbindung schon weitgehend aufgeklärt. Der Fall Stiller wurde durch die Westmedien zwar maßlos hochgespielt – doch Niederlage bleibt nun mal Niederlage.

Zur Abwehr der Militärspionage

Die Westmächte, vor allem die USA, gingen schon bald nach Kriegsende im Rahmen ihrer Strategien (»Containment« und »roll back«) von militärischen Konflikten mit der Sowjetunion aus. Bis 1990 gab es auch einige gefährliche Situationen in der Welt – darunter auch um die beiden deutschen Staaten und Westberlin – die sehr schnell in einen atomaren Weltkrieg hätten umschlagen können.

Die vorrangig für die Militärspionage zuständigen Bereiche der westlichen Geheimdienste unternahmen folglich schon sehr früh erhebliche Anstrengungen, um militärische Planungen und die Kräftesituation der Sowjetarmee und ihrer Verbündeten zu erkunden.

Da in der DDR von Anbeginn beträchtliche Kontingente der Sowjetarmee stationiert waren und überdies zwischen der DDR und der BRD auch die Trennlinie der beiden Militärbündnisse verlief und der »Brückenkopf« Westberlin mitten in der DDR existierte, hatte die Militärspionage gegen die DDR und die hier stationierte Sowjetarmee von vornherein einen besonders hohen Stellenwert. Die Hauptbeteiligten dabei waren vor allem die militärischen Geheimdienstbereiche der USA und deren Zögling, die »Organisation Gehlen«, später der BND. Die Ziele der Militärspionage waren:

1. Die Beschaffung von Informationen aus den für die militärische Verteidigung bedeutsamen Objekten selbst. Dazu zählten vor allem die Stäbe der jeweiligen Militärverbände (GSSD/Westgruppe der Sowjetarmee, der NVA, der Grenztruppen, der VP-Bereitschaften, des MfS-Wachregimentes, der Kampfgruppen), deren Befehlsstellen, Einsatzstäbe, Logistikzentren usw. Dazu gehörten auch Kombinate oder Teile davon, Betriebe, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der Verteidigungsindustrie sowie Schaltzentralen für den Militärverkehr.

497

2. Die ständige aktuelle, umfassende und möglichst flächendeckende Informationsbeschaffung über militärische Objekte (Kasernen, Stabsgebäude, bestimmte Ministerien), Einrichtungen (Flugplätze, Häfen, Übungsgelände) und Bewegungen (Eisenbahn-, Straßen-, See- und Luftverkehr) von außen. Die Dislozierung der Einheiten, die Lage der jeweiligen Objekte, Einrichtungen und Magistralen waren den Geheimdiensten im wesentlichen bekannt. Es kam ihnen aber darauf an, alle Veränderungen, wie die Zuführung anderer Waffensysteme, Truppenaustausch, Baumaßnahmen, veränderte Versorgungsleistungen rechtzeitig zu erkennen und zu erfassen.

Die Geheimdienste versuchten diese Ziele vor allem durch folgende Methoden zu realisieren:

– Die Schaffung von Spionen in den genannten Objekten zur unmittelbaren und direkten Informationsbeschaffung (sogenannte Innenquellen).

Dazu zählten auch Personen, die nur zeitweilig oder indirekt mit entsprechenden Informationen oder Dokumenten in Berührung kamen (Schreibkräfte, Kopierer, Telefonisten, Übersetzer, Reinigungskräfte u. a.).

– Die Schaffung von Spionen im unmittelbaren Umfeld militärischer Objekte, Einrichtungen und Verkehrsschwerpunkten, die regelmäßige Kontrollen durchführen und entsprechende Veränderungen feststellen konnten (sogenannte Außenquellen). Dazu gehörten auch Reisespione aus der weiteren Umgebung oder auch aus der BRD und Westberlin, die die militärischen Bereiche regelmäßig aufsuchten und kontrollierten oder die als Transitreisende durch die DDR bei den an der Strecke liegenden militärischen Objekten regelmäßig analoge Feststellungen treffen konnten.

Dazu gehörten ferner Mitarbeiter von Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen, die zeitweilig Zugang zu den Objekten hatten (Energie, Kraftstoff, Handwerker, Lebensmittel, Wäsche u. a.) und so entsprechende Informationen sammeln konnten.

- Die umfassende und im Laufe der Jahre immer mehr zugenommene Nutzung der fernmeldetechnischen und elektronischen Aufklärungsmöglichkeiten zur Militärspionage vom Territorium der BRD, von Westberlin, aus der Luft und dem Weltall usw. (wie bereits erläutert).
- Der Einsatz von Geheimdienstmitarbeitern oder Agenten unter der Abdeckung eines Diplomaten, Korrespondenten, Geschäftsmannes oder einem anderen legalen Betätigungsfeld in der DDR zur Eigenerkundung oder Informationsabschöpfung (Dazu wird an anderer Stelle ausführlich informiert.).
- Die umfangreichen und offensichtlich auch abgestimmten Kontrollfahrten der westlichen Militärverbindungsmissionen (MVM) und Militärin-

498

spektionen (MI), die bemerkenswerterweise mit den von der Spionageabwehr ohnehin erkannten territorialen Schwerpunkten der Militärspionage der Geheimdienste übereinstimmten (wie bereits informiert).

Bei der Militärspionage zeigte sich besonders deutlich die Komplexität und die Breite des Einsatzes von Kräften, Mitteln und Methoden zur Informationsgewinnung, sowohl der streng gehüteten militärischen Geheimnisse als auch weitgehend offener Informationen, die erst in der Zusammenführung und Analyse ihren wahren Wert erkennen ließen.

Bei der Militärspionage konnte davon ausgegangen werden, daß die Erkenntnisse der Geheimdienste der NATO-Staaten bei den zentralen Stäben zusammen liefen und dort ausgewertet wurden.

Die Innensicherung militärischer Objekte sowie in Betrieben und Einrichtungen der Verteidigungsindustrie und -forschung vor Spionageangriffen erfolgte durch die zuständigen Abwehrdienstteinheiten. Das hieß für die GSSD die sowjetische Militärabwehr, für die NVA und die Grenztruppen der DDR die Hauptabteilung I (HA I); für das MdI und die DVP, den Zoll, die zentralen Stäbe der Kampfgruppen die Hauptabteilung VII im MfS und die Abt. VII der BV.

Für die Verteidigungsindustrie, die militärische Forschung und Entwicklung, die Versorgungseinrichtungen für das Militärwesen waren die HA XVIII bzw. die Abt. XVIII der BV und z. T. auch die territorial zuständigen Kreis- und Objektdienststellen (KD/OD) des MfS zuständig.

Für die Planung und Durchführung militärischer Transporte auf dem Schienen-, Luft- und Seewege trug die die HA XIX Verantwortung und die der Reichsbahnstruktur der DDR angepaßten territorial verantwortlichen Dienstteinheiten.

Die Sicherung dieser Abwehrbereiche erfolgte auf der Grundlage der konkreten Lageeinschätzung vor Ort und der darauf beruhenden Sicherungskonzeptionen. Nicht selten stammten die Ersthinweise zu spionageverdächtigen Personen oder Handlungen aus gezielten Maßnahmen der Fahndung im gegnerischen Verbindungssystem (Post, Funk, Reiseverkehr) oder aus dem Operationsgebiet.

Für die zentrale Führung und Organisation der *Außensicherung militärischer Objekte*, Anlagen und Bewegungen war die HA II zuständig.

Die Außensicherung erfolgte nach dem Schwerpunktprinzip unter unmittelbarer Einbeziehung und Verantwortung der jeweils territorial zuständigen Abt. II der BV und Kreisdienststellen sowie in enger Koordinierung mit den für die jeweilige Innensicherung verantwortlichen Dienstteinheiten.

499

Im Rahmen der Außensicherung mußte stets mit dem Einsatz einer größeren Anzahl von Militärspionen, die für jeweils einzelne Objekte weitgehend »rund um die Uhr« zuständig waren, gerechnet werden.

Zur eindeutigen Identifizierung der vorhandenen Militärtechnik und -ausrüstung bzw. der im Objekt befindlichen Einheiten erhielten die in der Regel nur ungenügend militärisch vorgebildeten Spione Waffen- und Uniformerkennungstafeln.

Diese Tafeln in Form von Folien oder kleinformatigen Fotokopien wurden bei persönlichen Treffs oder über Kurier in speziellen Containern in der DDR übergeben bzw. über »tote Briefkästen« zugestellt. Mit Hilfe der abgebildeten Embleme und äußerlich feststellbaren Merkmale war die Unterscheidung der einzelnen Truppengattungen sowie der verschiedenen Arten und Typen von Kampftechnik und Militärfahrzeugen möglich. Selbst Informationen von Kennzeichen an Militärfahrzeugen, Briefe, Karten,

persönliche Notizen von Militärangehörigen, gefunden auf Müllhalden oder aus der Umgebung militärischer Objekte, waren für die Analytiker in den Geheimdiensten von Bedeutung. Die Einzelinformationen fügten sie wie ein Puzzle zusammen.

Diese »Kontrolle« der militärischen Objekte erlangte vor allem dann besondere Bedeutung, wenn die Geheimdienste glaubten, Anzeichen für Spannungszeiten, unter denen sie Vorbereitungen für militärische Konflikte verstanden, erkannt zu haben.

Anhand sogenannter Spannungstafeln mit *Spannungsmerkmalen* (BND) oder mittels Listen *besonderer Ereignisse* (USA-Geheimdienste) sollten äußerlich feststellbare Erscheinungen und Vorgänge umgehend signalisiert werden, die als Erhöhung der Einsatz- und Gefechtsbereitschaft, als Beginn von Vorwarnzeiten oder gar der Mobilmachung auszumachen waren.

In diese äußere »Objektkontrolle« wurden zunehmend auch Objekte der SED-Führung und bestimmter Ministerien sowie von Schutz- und Sicherheitsorganen einbezogen, denen im Spannungsfall ebenfalls »eine grundsätzliche Rolle« zuerkannt wurde (ZK der SED, das MfS, das Ministerium für Nationale Verteidigung, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das Ministerium des Innern, die Zivilverteidigung und der Katastrophenschutz).

»Spannungsmerkmale« waren aus Sicht der westlichen Geheimdienste ungewöhnlich starke Personen- und Fahrzeugbewegungen, voll beleuchtete Dienst- und Militärobjekte, Urlaubssperren, Kampfausrüstung, Bezug von Ausweichquartieren usw.

Es waren sehr viele solcher Merkmale aufgelistet, die Indikatoren für eine vermutete oder eingetretene Spannungssituation sein konnten und

500

die – gleich mit einem Kurz-Code verbunden – durch die Spione möglichst schnell per Funk oder Post an die Geheimdienstzentralen zu übermitteln waren.

Spannungsmerkmale hatten nicht nur für Militärspione absoluten Vorrang. Sie waren auch für andere Spione/Agenten, für alle anderen einsetzbaren Spionagequellen von grundsätzlicher Bedeutung, sie gehörten deshalb zur generellen Auftragsstruktur.

Diese komplexe und umfassende Außenaufklärung militärischer Objekte erfüllte für die Geheimdienste aber offenbar nur dann ihren Sinn, wenn tatsächlich eine weitgehend flächendeckende Kontrolle erreicht werden konnte. Das sollte Ende der 40er Jahre und in den 50ern bis zum 13. August 1961 mit massenhafter Anwerbung von Militärspionen, vor allem in Westberlin, gesichert werden. Später wurde diese Aufgabe mit technischen Aufklärungssystemen teilweise kompensiert. Trotzdem blieb ein relativ starkes

Aufgebot an Spionen zur Außenaufklärung militärischer Objekte durchgängige geheimdienstliche Praxis, besonders des BND.

Zur Anwerbung von Militärspionen gegen die DDR

Begonnen hatte alles 1946/47. Die westlichen Geheimdienste, vor allem die der USA und die »Organisation Gehlen«, filterten in zahlreichen »Befragungs«-Dienststellen Millionen von Personen nach geheimdienstlichen Kriterien und prüften sie auf ihre »Weiterverwendung«. Im Rahmen der Aktion »Hermes« wurden etwa drei Millionen Kriegsgefangene aus der Sowjetunion befragt, womit auch Gehlens Unterlagen der »Fremde Heere Ost« aktualisiert wurden, ferner zahlreiche Umsiedler aus Polen und der CSR sowie »Flüchtlinge« aus der SBZ/DDR.

Diese Befragungs- und Vernehmungspraxis übernahm ab 1958 offiziell als »Hauptstelle für Befragungswesen« mit zahlreichen Nebenstellen der BND in Kooperation mit anderen Geheimdiensten.

Eine zentrale Rolle spielte dabei das Westberliner »Notaufnahmefeld« in Marienfelde (Marienfelder Chaussee). Analoge Aufnahmefelder befanden sich in der BRD. Darunter das Zentrale Vernehmungs- und Befragungszentrum der USA-Geheimdienste »Camp King« in Oberursel/Taunus. Geheimdienstmitarbeiter saßen in den »Sichtungsstellen« der Aufnahmefelder, um dort eine sogenannte Vorprüfung vorzunehmen. Es befragten und sortierten in der Reihenfolge die Experten der USA, Großbritanniens, Frankreichs und schließlich die der Bundesrepublik. Daraus ergab sich eines der größten Reservoirs der Informationsgewinnung und Rekrutierung von Spionen.

501

Die Anerkennung als »politischer Flüchtling« oder als »Verfolgter des SEDRegimes

« sorgte für bessere »Startbedingungen«. Bereitwillig gaben daher die meisten Auskunft und erzählten alles, was sie dazu wußten, und oft noch ein wenig mehr. Sie nannten Verwandte, Freunde und Bekannte im »Osten« und waren nicht selten bereit, diese den »Bundesbehörden«, sprich den Geheimdiensten, zuzuführen. Sie schrieben Briefe an die Zurückgebliebenen, bestellten diese nach Westberlin, weil sie angeblich als Zeugen für das Notaufnahmeverfahren benötigt würden etc.

Hinzu kam das ganze »Grenzgänger«-Problem. Viele DDR-Bürger aus der Hauptstadt und dem Umland arbeiteten in Westberlin, besuchten dort Verwandte, Kinos und andere Veranstaltungen. Auf diese Weise gerieten sie nicht selten in die Fänge der Geheimdienste.

Massenhaft kontaktiert und geworben wurden Menschen unter Nutzung des Spekulationskurses der D-Mark zur DDR-Mark. Nicht wenige Geheimdienstmitarbeiter, Agentenführer, Zuführer und Tipper haben sich dabei eine »goldene Nase« verdient. Hunderte solcher im Schnellverfahren und gewissermaßen auf der Straße geworbener Spione wurden ermittelt, nicht wenige meldeten sich freiwillig bei den DDR-Sicherheitsorganen.

Die Hauptformen der Verbindung der Mehrzahl der Militärspione (Außenquellen) in der DDR zu den Geheimdiensten waren unter den Bedingungen der offenen Grenze um Westberlin, persönliche Treffs – etwa im Vier-Wochen-Rhythmus – und dazwischen, wegen der Aktualität der Informationen über die konkrete Situation an den militärischen Objekten, Briefe mit Geheimschrift an Deckadressen der Geheimdienste. Die Spionageabwehr stellte sich darauf ein. Militärspione aus entfernter gelegenen Orten (Bezirke Rostock, Erfurt, Dresden) nutzten in der Regel »Früh-Züge«, um zum Treff nach Westberlin zu fahren. Nach dem damaligen Status wurde Berlin als »Einheit« betrachtet (deshalb gab es keine innerstädtischen Grenzen). Personen die Fahrten nach und von Berlin im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr vollzogen, wurden an der Stadtgrenze kontrolliert.

In den Reisezügen übernahmen Angehörige der Zugbegleitkommandos (ZBK) der Transportpolizei der DDR während der Fahrt die Ausweiskontrolle. Die Kontrollen dienten neben Statusfragen vor allem der vorbeugenden Unterbindung krimineller Handlungen in der »offenen« Stadt Berlin (Spekulationen mit Währungen und Waren) und der Verhinderung sogenannter Republikfluchten. In den Zügen reisten auch Observationskräfte des MfS mit, die nach bestimmten Kriterien ausgewählte und von den Trapo-Angehörigen benannte Personen ab Zielbahnhof bis nach Westberlin beobachteten.

502

Die typischen Verhaltensweisen eines Spions (Anruf aus Telefonzelle – Warten auf Abholung mit PKW, in nicht wenigen Fällen sogar mit USABesitzer-Kennzeichen) waren Indizien einer möglichen Spionagetätigkeit und bedurften einer Klärung.

Analog dazu erfolgten auch Kontrollen der Postsendungen der Militärspione an Deckadressen der Geheimdienste, die ja auftragsgemäß in viel kürzeren Abständen erfolgen sollten. Die nach festgelegten Kriterien erfolgte Postfahndung zeigte schon in den Anfängen – wegen der zielstrebigem Schwerpunkt-fahndung des MfS und der gelegentlichen Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit der Geheimdienste und ihrer Spione – bemerkenswerte Ergebnisse. *(Zur Postfahndung erfolgen später umfassendere Ausführungen.)* Die Spionageabwehr ging offensiv mit der Situation um und begann in die Befragungsstellen, in die Filialen und Dienststellen der Geheimdienste konspirativ hineinzuarbeiten. Es wurde die Zusammenarbeit mit IM – sie hießen damals Geheime Mitarbeiter (GM) – verstärkt. IM wurden in das Blickfeld der Geheimdienste gebracht und »angeschleust«. Es fanden auch gezielte Überwerbungen von enttarnten Spionen statt.

Bereits in der Gründerzeit des MfS wurde eine Reihe von Geheimen Mitarbeitern gewonnen, die in Zentren und Einrichtungen der Geheimdienste Fuß fassen und vertrauensvolle Beziehungen zu Leitern und Mitarbeitern agentenführender Dienststellen und Filialen herstellen konnten.

1951 wurde ein GM geworben, der später stellvertretender Leiter der Filiale X 9592 der »Organisation Gehlen« in Westberlin werden sollte.

Bereits Anfang der 50er Jahre gelang es der Abt. II der BV Magdeburg, den Kundschafter Horst Hesse in der agentenführenden Dienststelle des USA-Geheimdienstes MI in Würzburg »unterzubringen«. Im Rahmen der

Aktion »Sonnenschein« kam er zu Pfingsten 1956 mit zwei kleinen Panzerschränken und dem gesamten Material der Dienststelle, einschließlich der Agentenkartei, in die DDR. Dank seines Wirkens und seiner beherzten Aktion konnten 130 Militärspione in der DDR identifiziert und festgenommen werden. Viele DDR-Bürger sahen seinen Einsatz an der »unsichtbaren Front« in dem bekannten DEFA-Film »For eyes only«. Geheime Mitarbeiter der Spionageabwehr kamen zum Einsatz, die im Auftrag von Geheimdienstmitarbeitern in Westberlin Briefe von »Republikflüchtigen« an ihre Rückverbindungen in der DDR mit den bewußten »Einladungen« entgegennahmen und diese Briefe dann im Ostteil Berlins zum Versand brachten (um damit – was die Geheimdienste wollten – die MfS-Postkontrolle zu umgehen). Auf diesem Wege gelangten solche Briefe

503

schneller in die Hände der Spionageabwehr, als sich die Geheimdienste das vorstellen konnten.

Mit diesen »Postkontrollmaßnahmen« konnten die Empfänger schnell ermittelt und geprüft werden, wer sich offenbarte, wer unter operativer Kontrolle gehalten werden mußte oder für eine Zusammenarbeit gewonnen werden konnte.

Geprüft wurde, welche »Werbebriefe« gegebenenfalls einbehalten und öffentlich ausgewertet werden konnten. Nicht wenige der angeschriebenen oder in Westberlin kontaktierten DDR-Bürger meldeten sich beim MfS oder anderen staatlichen Organen der DDR. Gemeinsam mit ihnen wurde das weitere Vorgehen entschieden.

Viele von ihnen verweigerten eine Zusammenarbeit sowohl mit dem westlichen Geheimdienst als auch mit dem MfS. Sie blieben jedoch loyal gegenüber der DDR und wurden zum Schweigen verpflichtet. Andere erklärten sich zur Zusammenarbeit mit dem MfS bereit. Und wieder andere traten – unter Bezug auf ihre persönlichen Erfahrungen mit den plumben Anwerbeversuchen der Geheimdienste mittels »Anschreibriefe« – an die Öffentlichkeit.

Im Zusammenhang mit postalischen »Einladungen« zu Treffen in Westberlin wurden von der Spionageabwehr auch Desinformationsmaßnahmen durchgeführt. Sie hatten folgenden Hintergrund: In den »Anschreibriefen« wurde dem Adressaten in der Regel eine Telefonnummer in Westberlin angegeben – zumeist im USA-Sektor – und ein Name, meist der des Werbers oder Agentenführers, der sich wiederum auf den »gemeinsamen Bekannten« im Aufnahmelager berief. Erfolgte dann der telefonische Kontakt, wurde in der Regel der Aufenthaltsort und das äußere Erscheinungsbild des Anrufers mitgeteilt. Zumeist wurde dann vom angerufenen Geheimdienstmitarbeiter versichert, daß er in »ca. 20 Minuten am ausgemachten

Ort« eintreffen werde, um den Anrufer abzuholen. Das Weitere lief dann so ab: Standort und Beschreibung der äußeren Kennung waren falsch. Der jeweilige Geheimdienstmitarbeiter fand an der vereinbarten Stelle nicht den von ihm erhofften Werbekandidaten, er fuhr praktisch mit seinem PKW »ins Leere«. Kurze Zeit später meldete sich der zuverlässige GM/IM von einer anderen öffentlichen Telefonzelle erneut beim Geheimdienstmitarbeiter mit der frustrierten Anfrage, wo er denn bleibe, und bat erneut um ein Zusammentreffen. Diese Übung wurde mehrfach wiederholt.

Derartige Maßnahmen hatten im wesentlichen drei Effekte: Der Geheimdienstmitarbeiter wurde beschäftigt und zunehmend verunsichert. Darunter litten später dann »echte« Anrufer. Und man konnte den Mitarbeiter »aufklären«, ihn eventuell bis zu seiner Dienststelle verfolgen.

504

Das waren wichtige Ausgangsinformationen für eine gezielte Bearbeitung dieser Dienststelle.

Diese Desinformationsmaßnahmen (1955/56 gegen die Dienste der USA unter der Bezeichnung »Pentagon« gelaufen) erledigten sich von selbst: Schon bald standen an öffentlichen Telefonzellen in der Nähe der Sektorengrenzen und an den Bahnhöfen in Westberlin Polizisten oder zivile Beobachter.

Bereits Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre konzentrierten sich die CIA und die USA-Militäraufklärungsdienste auch auf die Befragung von Übersiedlern aus Polen, der CSR, aus den baltischen Sowjetrepubliken, aus der Ukraine, die in den Befragungsdienststellen in Westdeutschland und in Westberlin auftauchten. Bei »Eignung« wurden sie im Vernehmungszentrum

der USA-Geheimdienste »Camp King« in Oberursel/Taunus als Einzelkämpfer und Spione umfassend ausgebildet. Hier stießen dann auch noch Personen hinzu, die sich als Kollaborateure der faschistischen Wehrmacht und Sondereinheiten angedient hatten. Nach erfolgter Ausbildung wurden sie per Flugzeug nach Westberlin gebracht, von Mitarbeitern einer speziellen MI-Dienststelle übernommen und auf ihren Einsatz in den genannten Ländern vorbereitet. Zum Teil sollten sie dort »ruhende« Agentennetze des faschistischen Geheimdienstes »Fremde Heere Ost« reaktivieren. In der Nähe von Forst, an der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen, wurde damals ein USA-Spion festgenommen. Nach eigenen Angaben wollte er Adjutant beim Kollaborateur Wlassow gewesen sein, jenem sowjetischen General, der zu den Nazis übergelaufen war und sich in ihren Dienst gestellt hatte. In der Vernehmung gab er an, im Auftrage der »Amerikaner« zwei Agentennetze des faschistischen Geheimdienstes in Litauen und Lettland reaktivieren zu wollen. Der damalige Vernehmer der Spionageabwehrdienstseinheit erinnert sich noch heute an die haßerfüllten Ausfälle: »Sie jüdische Kommunistensau, wenn ich jetzt ein Messer hätte, würde ich Ihnen die Kehle durchschneiden!« Es war eine besonders brutale, extrem antikommunistische und risikobereite Kategorie von Agenten, die bis zum 13. August 1961 durch die DDR im Transit Richtung Osten geschleust wurde. Die MI-Dienststelle in Westberlin wurde gezielt von der Spionageabwehr, konkret von der HA II und IM der Abteilungen II der BV Berlin, Potsdam und Cottbus bearbeitet. Die Mehrzahl der als Schleuser eingesetzten Agenten waren IM des MfS, womit derartige Geheimdienstaktionen von vornherein unter Kontrolle des MfS gebracht wurden und damit meistens auch zum Scheitern verurteilt waren.

505

Das MfS arbeitete dabei eng mit den polnischen und tschechischen Sicherheitsorganen zusammen. Mehrere der eingesetzten IM des MfS traten auf internationalen Pressekonferenzen auf und entlarvten diese kriegsvorbereitenden Geheimoperationen der USA-Geheimdienste.

Etwa zur gleichen Zeit wurden zahlreiche Spione/Agenten des MI (später INSCOM) und der »Organisation Gehlen« (später BND) festgenommen, deren Einsatz eindeutig auf den »E-Fall« fixiert war. Auf den Kriegsfall orientierte der schon erläuterte »Generelle Auftrag«, der bei dem Gehlen-Spion Bandelow (Hauptreferent im Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen der DDR) und seiner Gruppe sichergestellt worden war. Die Vorbereitung auf den »E-Fall« wurde auch beim Prozeß im Juni 1955 vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR gegen den Agentenring »Meldekopf Nord-Ost«, wie er beziehungsreich von Gehlen selbst bezeichnet wurde, zweifelsfrei nachgewiesen.

Der Meldekopf bestand aus sieben Mitgliedern. Einer davon war ehemaliger Angehöriger der SS-Division »Prinz Eugen«. Er wurde von der »Organisation Gehlen« über ein Jahr lang als Funker ausgebildet.

Die Gruppe schleuste drei komplette Funkempfangs- und Sendegeräte neuester USA-Produktion von Westberlin in die DDR, testete die Funkverbindung zur Zentrale und lagerte die Geräte in sogenannte Fernverstecke aus. Der Funktest mit der Zentrale gelang und wurde bestätigt. Die Funkabwehr des MfS registrierte das ebenfalls. Die Gruppe legte TBK an, wo die Mitglieder der Gruppe und andere Spione im »E-Fall« Informationen zur aktuellen militärischen Lage hinterlegen sollten. Die Agentengruppe sollte sich zunächst nur auf die Erkundung und Feststellung von »Spannungsmerkmalen«, wie im »Generellen Auftrag« vorgegeben, orientieren und erst im »E-Fall« aktiv werden. Der »Meldekopf Nord-Ost« sollte dann funkseitig von Kopenhagen aus geführt werden.

Dem Wesen nach handelte es sich bei dieser Spionagegruppe und weiteren – auch einzeln tätigen Spionen – mit ähnlicher Auftragsstruktur, um »Einsatzkräfte« der westlichen Geheimdienste für Spannungsperioden bzw. den Kriegsfall.

Auf gleicher konzeptioneller Linie lagen die Anfang der 80er Jahre unter der Bezeichnung »Gladjo« (Kurzschwert) oder »Stay behind« (in Reserve bleiben; zurückbleiben hinter den Linien) bekannt gewordenen Geheimkommandos in westeuropäischen Ländern. Das waren Untergrundgruppen, die im Hinterland des Gegners im »E-Fall« operieren sollten.

Auf dem Territorium der DDR sind diese »Schweigenetze« (heute würde

man sie »Schläfer« nennen) im Prinzip gescheitert. Sie wurden fast alle

506

enttarnt, die beteiligten Akteure der Justiz zugeführt und von den Gerichten der DDR verurteilt.

In der BRD wurden solche »Überrolltruppen« vom BND in Bayern und Niedersachsen an der Staatsgrenze zur DDR disloziert. Sie bestanden aus geheimdienstlich ausgebildeten Bundesbürgern, die im sogenannten Zonenrandgebiet wohnten und dort ganz normalen zivilen Berufen nachgingen und nicht zum Wehrdienst eingezogen wurden (Behinderte, Frauen, Versorgungsleister, z. B. Bäcker u. a.). Bei Manövern und Wehrübungen holten sie ihre Funkgeräte und Waffen aus konspirativen Depots hervor – ähnlich den Fernverstecken der Gehlen-Agenten vom »Meldekopf Nord-Ost« – und probten den »E-Fall«. Die Funkabwehr des MfS hörte mit. Im Zuge der Aktion »Pfeil« im Sommer 1954 wurden 29 Funkgeräte aus den USA in der DDR sichergestellt.

Von der Existenz solcher Gruppen wollten weder das Kanzleramt noch die Bundeswehrführung etwas gewußt haben. Selbst der ehemalige BND-Präsident Klaus Kinkel kann sich daran nicht erinnern. Und obgleich man sich in der BStU-Behörde aufs Suchen versteht: Darüber hat man offensichtlich nichts entdeckt.

In jener Zeit der Massenwerbung von Militärspionen in Westberlin wurden eine Reihe Organisationen und Einrichtungen tätig, die Besucher, Klienten, Hörer etc. auf ihre nachrichtendienstliche »Verwertung« testeten. Geeignete Kandidaten wurden »getippt« oder direkt den Geheimdiensten zugeführt. Einige Führungspersönlichkeiten waren zugleich Mitarbeiter oder Agenten der Geheimdienste. Zu diesen Organisationen gehörten, zumindest einzelne Bereiche davon, der »Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen« (UfJ), die »Vereinigung politischer Ostflüchtlinge« (VpO), die »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« (VOS), das »Informationsbüro West« (IWE), die Hörerabteilung des RIAS, der Bereich »Briefe ohne Unterschrift« der BBC und andere.

Wie rücksichtslos und zum Teil unprofessionell die Geheimdienste Militärspionage gegen die DDR betrieben, beweist ein Fall aus dem Jahr 1956:

Im Frühsommer reiste der 45jährige Ostberliner Paul B. mit dem D-Zug nach Altenburg im Bezirk Leipzig. Mit einer kompletten Anglerausrüstung bestieg er am Bahnhof ein Taxi und ließ sich nach Nobitz bringen. Dort befand sich ein kleines Fließchen und in unmittelbarer Nähe ein Flugplatz der sowjetischen Luftstreitkräfte.

Der Taxifahrer war IM der KD Altenburg, der vom MfS einen Opel »Kapitän« vermittelt bekam. Selbst passionierter Angler, wußte er, daß in diesem Fließchen kein Fisch schwamm, und roch den »Braten«. Er war

507

schließlich ordentlich von seinem Führungsoffizier instruiert worden. Der IM und sein Berliner Fahrgast kamen ins Gespräch. Der Taxifahrer klagte über fehlende Ersatzteile für seinen Opel. B. versprach zu helfen und lud ihn zu einem Besuch nach Berlin ein. B. führte den IM auf direktem Wege dem MI-Mitarbeiter »Florenz« in Berlin-Zehlendorf zu, der dabei als Spion für den Flugplatz Altenburg geworben wurde.

Sechs Wochen später wurden zwei Spione des MI-Mitarbeiters am sowjetischen Militärflugplatz in Werneuchen bei Berlin auf frischer Tat gestellt.

Sie benannten B. als ihren Kurier. Der wurde daraufhin observiert und auf dem Wege von Berlin-Baumschulenweg in Richtung Neukölln vor der offenen Sektorengrenze festgenommen.

B. war Oberfeldwebel der faschistischen Wehrmacht. Er gestand bereits bei der ersten Vernehmung, als Spion und Kurier einige Male als Werber des MI tätig gewesen zu sein. Er war Kurier für zwölf Spione des MI in allen Teilen der DDR, vornehmlich nördlich von Berlin.

Ganz ähnlich agierte auch die CIA in Westberlin.

Im Januar 1958 – nach einem Besuch seiner Tante — suchte der Maschinenbau-Student Rolf E. aus Hennigsdorf ein Restaurant in Westberlin auf.

Als sein Tischnachbar in der voll besetzten Neuköllner Kneipe von seiner Herkunft und Ausbildung erfuhr, telefonierte er umgehend mit einem »Freund«, der kurze Zeit später erschien. Der machte Rolf E. auf die Möglichkeiten eines »Nebenverdienstes« aufmerksam, damit er sein DDR-Stipendium aufbessern könne. Man wolle von ihm Informationen über die

Preisentwicklung in der DDR haben. Rolf E. erhielt 10 DM und die Einladung zu einem Gespräch in Berlin-Dahlem.

Rolf E., durch die Öffentlichkeitsarbeit des MfS gewarnt, informierte eine MfS-Dienststelle von dem Vorfall. Die dortigen Mitarbeiter baten Rolf E. um Unterstützung zur Aufklärung der Hintergründe dieser Kontaktaufnahme. (Er wurde GM/IMB des MfS und trug in der Folgezeit wesentlich zur Aufklärung der CIA-Mitarbeiter und deren Dienststelle bei, von Treffquartieren, von Angriffszielen der CIA, von Methoden des Verbindungswesens u. a.) Aus der Bitte um Informationen zur »Preisentwicklung in der DDR« wurden bald Forderungen nach Daten über Entwicklung, Produktion und Auslieferung von Schienenfahrzeugen, zur automatischen Kupplung und zu Spurradwechselsätzen – technische Fragen, die bei Militärtransporten von der Sowjetunion nach der DDR wegen der unterschiedlichen Spurbreite von Bedeutung waren.

Im Interesse der Entwicklung dieser Geheimdienstverbindung und in Abwägung der Forderungen des militärischen Geheimnisschutzes der

508

Armeen des Warschauer Vertrages wurden entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt.

Nach einem Test auf dem sogenannten Lügendetektor (dem Polygraf) wurde der nunmehrige CIA-Agent »Ring« auch als Funker für den »E-Fall« ausgebildet. Er erhielt ein entsprechendes Funksende- und empfangsgerät und sollte auf »besondere Ereignisse« achten. Gleichzeitig erhielt er den Auftrag, im »E-Fall« auch Informationen anderer Spione entgegenzunehmen und an die CIA-Funkzentrale in Frankfurt am Main zu senden. Über die einseitige Funkverbindung im Kurzwellenbereich und die Kennmelodie »An der schönen blauen Donau« erhielt CIA-Agent »Ring« Aufträge und Instruktionen. Per Post schickte er seine »Informationen« an Deckadressen mittels Geheimschreibverfahren. Hilfsmittel und Geld wurden über TBK übermittelt.

In der ganzen Zeit seines Doppellebens im Interesse der Sicherheit der DDR lieferte er wichtige Informationen über die Arbeit der CIA.

Auf einer Pressekonferenz des MfS im September 1967 in Berlin wurden die Geheimdienstoperationen der CIA einem internationalen Gremium detailliert vorgestellt.

Die HA II ging bei der Organisation des Kampfes gegen die Militärspionage von *zwei grundsätzlichen Erwägungen* aus. Erstens: Der Militärspion mußte an das Objekt heran, d. h. an die Panzerkaserne, den Flugplatz, die Raketenstellung. Er mußte vor Ort die Situation feststellen, beobachten, zumindest registrieren, und er mußte zweitens diese Feststellungen möglichst schnell an seinen Auftraggeber übermitteln. Beide Erwägungen und ihre Konsequenzen für die Organisation der Abwehrarbeit sollen näher erläutert werden.

Zur Außensicherung militärischer Objekte

Wenn die möglichst lückenlose und ständige Kontrolle militärischer Objekte, Anlagen und Bewegungen für die Geheimdienste einen so hohen Stellenwert hatte und die dazu eingesetzten Militärspione ihre Ausspähung letztlich vor Ort an den Objekten vornehmen mußten, ergab sich für die Spionageabwehr die Aufgabe, diese Objekte nicht nur von innen, sondern vor allem auch von außen zu sichern, und zwar so, daß dadurch Militärspione erkannt und identifiziert werden konnten.

Dabei mußte die Außensicherung der militärischen Objekte einschließlich ihrer Beziehungen zur »zivilen Umwelt« wirksam mit der »Innen«-Sicherung der Objekte verknüpft werden.

509

Von besonderer Bedeutung war die Koordinierung der Sicherung militärischer Objekte der Westgruppe der Sowjetarmee in der DDR mit der sowjetischen Militärabwehr.

Nun konnten nicht Hunderte militärische Objekte mit einem hohen personellen, technischen und logistischen Aufwand gesichert werden. Folglich mußten Kriterien erarbeitet werden, um eine richtige Auswahl solcher Objekte treffen und sich auf Schwerpunkte konzentrieren zu können.

Ziele gegnerischer Ausspähaktionen waren besonders Raketeneinheiten aller Art (ab den 80er Jahren vor allem sowjetische operativ-taktische Raketen vom Typ »SS 21«), Flugplätze und Flugleitsysteme, Objekte mit militärischer

Kampftechnik, besonders Panzer der schweren Typen, Manöver- und Übungsgelände, Verladebahnhöfe, Häfen sowie die Magistralen des Militärverkehrs von bzw. nach der Sowjetunion über das Territorium der VR Polen.

Die Lage und äußeren Bedingungen des Objektes mußten so sein, daß eine Kontrolle von Kfz- und Personenbewegungen am Objekt möglich war. So machte es beispielsweise wenig Sinn, den Kfz-Verkehr an einem Objekt zu filtern, das an einer viel befahrenen Fernverkehrsstraße oder der Autobahn lag.

Die jeweiligen Außensicherungsmaßnahmen mußten möglichst mindestens zwei wichtige Objekte erfassen, die von einem möglichen Militärspion relativ einfach zu kontrollieren waren.

Die meisten der von außen tätigen Militärspione wurden nach territorialen Aspekten angeworben und eingesetzt. Das bedeutete für die Spionageabwehr: Wer an mindestens zwei militärischen Objekten auffällig wurde, geriet in Verdacht der Militärspionage.

Der Hauptinhalt der Außensicherung ausgewählter militärischer Objekte, Anlagen und Magistralen des Militärverkehrs bestand darin, die Personenbewegungen und den Kfz-Verkehr an solchen Orten möglichst vollständig zu erfassen und miteinander zu vergleichen. Das erfolgte durch stationäre und bewegliche Observationskräfte, durch Foto- und Beobachtungstechnik und den Einsatz von IM aus dem Kreis der Anwohner und der Objekt-Umweltbeziehungen, die nicht selten selbst Zielpersonen gegnerischer Kontaktversuche waren.

Das größte Problem war meist, die aufgefallenen Personen zu identifizieren und zu erfassen. War das aber erfolgt, konnten diese auch in andere Sicherungs- oder Fahndungssysteme der Spionageabwehr einbezogen werden.

Günstige Einsichtsmöglichkeiten in militärische Objekte wurden besonders gesichert. Manche wurden aber auch bewußt geschaffen, in bestimm-

510

ten Situationen wurden z. T. auch Bewegungen vorgetäuscht oder Attrappen aufgebaut, um Militärspione zu Aktivitäten zu animieren – und sie damit besser und schneller erkennen zu können.

Für die Militärspione gab es neben der Gefahr, durch die konspirativ organisierte Außensicherung der Spionageabwehr des MfS entdeckt zu werden, noch eine zweite große Gefahr – und die betraf unmittelbar Leib und Leben.

Die militärische Absicherung der sowjetischen Objekte erfolgte durch mobile und stationäre sowjetische Wacheinheiten. Diese waren von der sowjetischen Militärabwehr in hohem Maße motiviert, Spione oder auch andere Kriminelle, die sich an den Objekten auffällig zu schaffen machten, zu erkennen und festzunehmen. Einige solcher tatsächlichen oder vermutlichen Spione, die sich offenkundig zu weit vorgewagt hatten, die auf Aufforderungen zum »Stehenbleiben« nicht reagierten und sich einer beabsichtigten Festnahme durch Flucht zu entziehen versuchten, wurden dabei verletzt, einzelne haben das mit dem Leben bezahlt.

Die Geheimdienste wußten von dieser Gefahr. Die Spione der britischen und französischen Militäraufklärungsdienste näherten sich daher den Objekten in dieser Weise kaum. Die USA-Dienste zogen sich auch zurück. Der BND behielt diese Praxis bei einer z. T. miserablen Instruierung seiner Spione bis zum Ende des MfS/AfNS bei.

Die Außensicherung militärischer Objekte wurde mit beträchtlichem Aufwand organisiert. Deshalb mußte die Auswahl derartiger Objekte und der Umfang einzusetzender Kräfte des MfS im Rahmen realer operativer Möglichkeiten gehalten werden.

Aber immerhin resultierten mehr als 15 Prozent der Ersthinweise zu Militärspionen aus solchen Sicherheitsbereichen.

Natürlich erhob sich schon damals die Frage, ob der beträchtliche Aufwand zur Außensicherung militärischer Objekte gerechtfertigt war, zumal der Einsatz der fernmelde- und elektronischen sowie der flugzeug- und satellitengestützten Aufklärungssysteme bereits eine solche Qualität erreicht hatte, daß Spione vor Ort letztlich nur noch gezielte Überprüfungen durchzuführen hatten.

Aber auch durch deren gezielte »Kontrollen« konnten die Geheimdienste weitere bedeutende neue Erkenntnisse gewinnen.

Als Folge der Stockholmer Vereinbarung über »Vertrauensbildende Maßnahmen« (KVAE) 1986 kam es zur absurden Situation, daß die eingeladenen Manöverbeobachter und Inspektoren – in der Regel gut ausgebildete und mit moderner Technik ausgerüstete Geheimdienstmitarbeiter –

511

mit Fotoapparaten und Aufnahmetechnik in den militärischen Objekten herumliefen, während gleichzeitig – wenn auch nicht unbedingt auf das jeweilige Objekt bezogen – die Spionageabwehr des MfS die Außensicherung organisierte.

Zum wechselseitigen Verbindungssystem zwischen den Geheimdiensten und ihren Spionen in der DDR. Die Organisation der gezielten Fahndung in ausgewählten Verbindungswegen

Das Verbindungssystem – die Verbindungswege der Geheimdienste zu ihren Spionen im »Feindesland« und von den Spionen zu den jeweiligen Auftraggebern – ist die »Achillesferse«, die anfälligste und gefährlichste Stelle im Geflecht der verdeckten geheimdienstlichen Tätigkeit.

Dafür gibt es mehrere Gründe.

Spione benötigen zur Nutzung der Verbindungswege in der Regel Hilfsmittel, z. B. schriftliche Anweisungen, Geheimschreibmittel, Chiffrier- und Dechiffrierunterlagen, Funkempfangs- oder andere Übertragungs- bzw. -sendegeräte u. a., die beim Auffinden eindeutig als nachrichtendienstliche Hilfsmittel identifiziert werden können und letztlich materielle Beweismittel bei einem Gerichtsverfahren darstellen.

Eindeutig nachrichtendienstliche Gegenstände, beispielsweise Briefe mit Geheimschrift oder TBK befinden sich zeitweilig völlig außerhalb der Kontrolle des Spions und auch des Geheimdienstes. Damit sind sie zwangsläufig möglichen Fahndungsmaßnahmen ausgesetzt. Das wurde von der Spionageabwehr des MfS genutzt.

Die einzelnen Verbindungswege zwischen den Geheimdiensten und den Spionen in der DDR waren von vielen Faktoren abhängig. Dazu gehörten die Bedingungen für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr zwischen der DDR und der BRD bzw. Westberlin, sowie insgesamt das Grenzregime an der Staatsgrenze. Allein schon daraus ergaben sich auch Notwendigkeiten, die Verbindungswege und -methoden ständig den Veränderungen anzupassen. Die konkrete Ausgestaltung des Verbindungssystems hing ferner auch von den konkreten Lebensbedingungen des Spions und vielfach auch vom »Einfallsreichtum« des zuständigen Geheimdienstmitarbeiters ab.

Zu unterscheiden war einerseits zwischen wechselseitigen persönlichen und den schon erwähnten unpersönlichen Verbindungswegen andererseits. Und es gab auch jeweils nur einseitige Verbindungen, d. h. Verbindungen immer nur in eine Richtung entweder vom Geheimdienst zum Spion oder umgekehrt.

512

Zu den wichtigsten Bestandteilen der wechselseitigen Verbindungen gehörten

a) der *persönliche Treff* zwischen Geheimdienstmitarbeiter und Spion.

In der Regel fanden diese in Westberlin, in der BRD oder in anderen nichtsozialistischen Staaten, in Ausnahmefällen auch im sozialistischen Ausland statt. Sie erfolgten in konspirativen Wohnungen und Objekten, in Hotels, Pensionen, öffentlichen Institutionen und Einrichtungen, in Pkw, in Parks usw. und waren nicht selten verbunden mit der gleichzeitigen Einleitung von Maßnahmen zur Absicherung solcher Zusammenkünfte und zur Kontrolle, ob eventuell Observations- und andere Maßnahmen des MfS zu erkennen waren.

In bestimmten Ausnahmefällen wurden Spione auch zur persönlichen Treffdurchführung konspirativ aus der DDR aus- und danach wieder eingeschleust, z. B. mit Hilfe und unter Mißbrauch der Kontrollbefreiung von Diplomatenfahrzeugen.

Persönliche Treffs erfolgten zur unmittelbaren Berichterstattung und Informationsübergabe, zur Auftragserteilung, zu Schulungszwecken und zur Instruktion, zur Übergabe nachrichtendienstlicher Hilfsmittel und zur »Vergütung«. Sie dienten den Geheimdiensten zur psychologisch-emotionalen Einflußnahme auf den jeweiligen Spion, zur Überprüfung seiner Ehrlichkeit und Motivation. Persönliche Treffs waren für die Geheimdienste offenkundig die direkteste und durch den damit möglichen kompetenten

Dialog auch effektivste Verbindungsart.

b) der *Instrukteur- und Kuriertreff*. Das war ebenfalls ein persönlicher Verbindungsweg, der aber vorrangig am Wohnort des Spions, also in der DDR, aber auch im sozialistischen Ausland stattfand.

Während der Instrukteur mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet, den Geheimdienstmitarbeiter in »Feindesland« faktisch vertrat (ähnlich den persönlichen Treffs), hatte ein Kurier meist nur Teilaufgaben zu erfüllen – etwa die Übergabe oder Übernahme von Informationen, von Anweisungen, von Technik oder Geld. Das erfolgte faktisch »ohne Kommentar«.

Beide – Instrukteur und Kurier – mußten hohes Vertrauen sowohl beim Spion als auch beim Geheimdienst genießen, denn ein solcher Einsatz war zweifellos mit hohen Risiken für beide Seiten verbunden. Vielfach waren das deshalb Verwandte oder enge Freunde des Spions, z. T. sogar die Personen, die erst den Kontakt zum Geheimdienst vermittelt hatten, also die einstigen Zuführer und Werber des Spions.

Eine spezifische Form der Kurierverbindung war die Einreise von Kurieren in die DDR, um dann auf dem Territorium der DDR »Tote Briefkä-

513

sten« zur »Versorgung« der Spione anzulegen und sie zu füllen. Kurier und Spion kannten sich bei dieser speziellen Verbindungsart nicht.

c) die *postalischen Verbindungswege* zwischen den Geheimdiensten und den Spionen in der DDR sowie auch umgekehrt von den Spionen zu den Geheimdienstzentralen.

d) die *Funkverbindungen* der Geheimdienste zu den Spionen in der DDR und von diesen zu den Geheimdiensten.

Der Umfang und die konkrete Ausgestaltung des Verbindungssystems wurde meist von den konkreten Bedingungen des Spions bestimmt. Vielfach wurden auch »Reserveverfahren oder -verbindungswege« für bestimmte Situationen festgelegt, ohne bereits praktische Anwendung gefunden zu haben. Nicht selten zwangen Fahndungserfolge der Spionageabwehr des MfS die Geheimdienste zur Aufgabe oder Veränderung einzelner Wege und Methoden.

Vor dem 13. August 1961 reduzierte sich das Verbindungssystem im wesentlichen auf den persönlichen Treff in Westberlin und zunehmend auf die einseitige Funkverbindung von der Zentrale an den Spion und den Versand von Briefen mit Geheimschrift durch den Spion an Deckadressen der Geheimdienste in Westberlin, in der BRD oder anderen nichtsozialistischen Staaten.

Nachdem die persönlichen Treffmöglichkeiten weitgehend entfielen, wurden die bereits genannten unpersönlichen Verbindungswege weiter ausgebaut und gleichzeitig nach neuen Möglichkeiten gesucht. Der Spionageabwehr gelang es, sich mit Unterstützung von Spezialisten aus Wissenschaft und Technik auf die neuen Bedingungen im Verbindungssystem einzustellen.